



Landessozialplan, Dritter Sektor, 18.03.2021

Ergebnisprotokoll zur Arbeitsgruppe 5:

„Wie soll in Zukunft die Governance des Sozialwesens aussehen: Entwicklung des Dritten Sektors und Rolle der öffentlichen Verwaltung“

Moderation: Kurt Promberger

Dokumentation: Davide Maffei

In der Arbeitsgruppe 5 „Governance des Sozialwesens“ haben 18 Vertreter aus der Landesverwaltung, den Bezirksgemeinschaften und dem Dritten Sektor teilgenommen. Nachfolgend werden die wichtigsten Aussagen sowie konkrete Maßnahmen angeführt, die im Rahmen der Fokusgruppen-Diskussion als Input für den Landessozialplan genannt wurden.

1. Rolle der öffentlichen Verwaltung bei der Governance des Sozialwesens? Ruolo della pubblica amministrazione nella governance del sociale?

- Die Rolle der öffentlichen Verwaltung wird heute - so wie in den letzten 30 Jahren - vom LG 13/1991 bestimmt. Die Landesverwaltung erbringt mit Ausnahme der Landeskleinkinderheime und der Pflegeeinstufung keine Sozialleistungen selbst. Sie beauftragt die Gemeinden und die Bezirksgemeinschaften mit der Führung von Sozialdienste bzw. der Erbringung von Sozialleistungen. Dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend, wurde entschieden, diejenigen Verwaltungen mit der Erbringung von Sozialleistungen zu beauftragen, die den Bürgern am nächsten stehen. Die Gemeinden und die Bezirksgemeinschaften entscheiden dann selbst, ob sie die Dienstleistungen selbst (mit eigenem Personal usw.) erbringen möchten oder ob sie lieber den dritten Sektor beauftragen wollen. Die Provinz beschäftigt sich auch mit der Planung und der Definition der Bedürfnisse, auf deren Basis die Regeln für die Finanzierung der Sozialleistungen beschlossen werden.
- In der Zukunft sollte der Dialog mit dem Dritten Sektor intensiviert werden, da dieser bereits sehr viele Sozialleistungen anbietet. Dabei ist es wichtig, die Nachhaltigkeit des aktuellen Systems in Zeiten demographischer Veränderungen (siehe Alterung der Bevölkerung) zu gewährleisten. Ehrenamtliche Arbeit soll auch in Zukunft unterstützt werden.
- Auf Seiten der öffentlichen Verwaltung erfolgt die Governance vor allem durch die Landesverwaltung und die Bezirksgemeinschaften. Der Dritte Sektor wird als positives unbürokratisches Instrument in der Erbringung sozialer Dienstleistungen wahrgenommen.
- Die Governance-Rolle der BZG wird häufig kritisiert, da sie sich in einer Doppelrolle befinden. Auf der einen Seite die Rolle der Programmierung des territorialen Bedarfes an Sozialleistungen und andererseits die Rolle als Bereitsteller von Sozialleistungen.
- Der Dritte Sektor scheint in Südtirol auch nicht auf die Logik des Marktes (Ausschreibungen) vorbereitet zu sein. Es existieren gegenwärtig verschiedene Probleme mit dem Ausschreibungssystem, das den Eindruck erwecken, dass die Kostenkriterien stärker gewichtet werden als die Qualitätskriterien. Ausschreibungsverfahren sind sehr bürokratisch.

- Eine Vorgabe der Politik, wie viel öffentlich und wie viel privat angeboten werden soll, wird eingefordert. Es ist mehr Transparenz und Klarheit erforderlich, wenn der öffentliche Sektor diese Linie zieht.
- In Südtirol überwiegt oft die öffentliche Hand, es wäre interessant zu verstehen, was beispielsweise das Trentino zahlenmäßig macht (Benchmarking).
- Die privaten Akteure sollten gleich wie die öffentlichen Träger finanziert werden. Die Ressourcen, um die neuen Herausforderungen zu bewältigen sind da, aber man braucht Klarheit, was von den Privaten erwartet wird.
- Um den EU-Strukturfonds besser nützen zu können, sollten die sogenannten „doppioni“ (gleiche Dienstleistungen werden doppelt angeboten) durch mehr Koordination zwischen den NPO vermieden werden. Es ist unklar, wer die Finanzen verwaltet und wie die eingereichten Projekte priorisiert werden.
- Wie die Bezirksgemeinschaften haben auch viele NPO eine Doppelrolle. Sie sind Adressaten und Anbieter von Dienstleistungen gleichzeitig.
- Die Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung ist gegenwärtig gut, es gibt jedoch Anliegen bezüglich der Akkreditierung. Es wird immer schwieriger die Anforderungen bezüglich Ausbildung und Bürokratie zu erfüllen. Verbindliche Finanzierungszusagen kommen erst spät oder mit Verzögerung, und das erschwert die gesamte Programmierung.
- Die Kontinuität und die Qualität der bestehenden Dienste zu gewährleisten wird immer schwieriger. Es stimmt jedoch nicht, dass nur der Preis in den Ausschreibungen ausschlaggebend ist: Die Qualität wird mit 80 Prozent gewichtet. Es ist eine Tatsache, dass es sich nur um Qualität „auf dem Papier“ handelt.
- Die Vertragssumme spielt eine große Rolle für die Art der Vergabemethode. Somit gibt es Bereiche, in denen es oft zu Ausschreibungen kommt und andere, in denen eine Direktvergabe erfolgt.
- Bürokratie wird oft extrem negativ betrachtet, jedoch ist sie auch notwendig.
- "Bürokratie" ist ein sehr abstrakter Begriff. Schaut man sich die Richtlinien an, die das Arbeitsministerium in Bezug auf die Auftragsvergabe entwickelt hat, tauchen folgende Prinzipien auf: Transparenz, Unparteilichkeit, Partizipation und Gleichbehandlung. Dies erfordert einen erheblichen Arbeitsaufwand seitens der öffentlichen Verwaltung.
- Es muss gesagt werden, dass sich das System der gemeinsamen Planung nicht völlig vom Ausschreibungssystem unterscheiden wird. Die öffentliche Stelle hat eine sehr schwierige Beweislage. Es wird gefordert, dass die öffentliche Einrichtung durch die gemeinsame Planung gewisse Einsparungen im Vergleich zur Nutzung des Marktes durch Ausschreibungen nachweist. Der Preis von Dienstleistungen ist immer ein Problem, das nicht gelöst werden kann. Wie ist die Angemessenheit nachzuweisen?
- Bislang wurden Dienstleistungen nur dann ausgelagert, wenn die öffentlichen Verwaltungen große Schwierigkeiten hatten, Personal zu finden. Aus Gewohnheit, Tradition oder Sicherheit neigt die öffentliche Verwaltung immer dazu, Probleme mit ihren eigenen Mitteln zu lösen.
- Hinsichtlich ESF besteht folgendes Problem: Oft müssen Projekte so stark abgeändert werden, damit sie für ESF tauglich werden. Eine gemeinsame intensivere Planung könnte dabei helfen, viele Probleme zu lösen.

2. Was braucht es, um den Dritten Sektor weiterzuentwickeln und welche Rolle spielt dabei die öffentliche Verwaltung?

Cos'è necessario per sviluppare il terzo settore e che ruolo svolge la pubblica amministrazione?

- Es braucht eine Vision und klare Leitlinien für die Entwicklung des Dritten Sektors im Sozialwesen, die im Einklang mit den rechtlichen Rahmenbedingungen stehen.
- Der Dritte Sektor muss sich weiterentwickeln. Dazu müssen die Rahmenbedingungen für mehr bürgerliches Engagement geschaffen werden. Der Dritte Sektor akquiriert auch externe Finanzierungen und bringt Freiwilligenarbeit ein.
- Die Mitsprache der NPO muss gewährleistet werden. Dazu braucht auch eine gewisse Flexibilität auf beiden Seiten, um das zu ermöglichen. Es ist eine Frage des Wollens und des Könnens.
- Die Politik spielt eine sehr wichtige Rolle in der Unterstützung des Dritten Sektors. Also sollten Politik, öffentliche Verwaltung und die Dachorganisationen gemeinsam an einen Tisch kommen.
- Bürokratische Verfahren verschwenden Ressourcen. Es braucht ein ausgewogenes Gleichgewicht: die Mittel sind so zu vergeben, dass vor allem die Adressaten der Sozialleistungen etwas davon haben.
- Bei der Pflege älterer Menschen ist zu bedenken, dass sich die Bedürfnisse ändern, auch im Hinblick auf die Pandemie. Die Rolle der Landesverwaltung besteht auch darin, die Entwicklung der angebotenen Sozialleistungen zu überwachen und dann die wirtschaftliche Unterstützung entsprechend der tatsächlich erbrachten Dienstleistung und entsprechend den Änderungen anzupassen.
- Die Akkreditierung könnte anstelle der Ausschreibung auch auf andere Bereiche des Sozialwesens ausgeweitet werden (nicht nur Seniorenwohnheime).
- Ein engerer Austausch zwischen Vertretern der Landesverwaltung und der NPO ist wünschenswert. Das Fachwissen muss in den Ämtern der Abteilung Soziales vorhanden sein, was schwierig werden kann, wenn die Landesverwaltung keine Dienste mehr selbst führt.
- Eine Integration von stationären und ambulanten Diensten wäre notwendig. Gegenwärtig sind es zwei Welten, die kaum miteinander vernetzt sind.
- Die Kreativität und die Innovationskraft des Dritten Sektors sind sehr wichtig. Anzustreben ist ein ausgewogener Mix zwischen privat und öffentlich angebotenen Sozialleistungen.
- Hinsichtlich der Ausbildung der MitarbeiterInnen wäre eine engere Vernetzung der Ausbildungsstellen mit den zukünftigen Arbeitgebern wünschenswert, damit der Arbeitswelt gut ausgebildete MitarbeiterInnen zur Verfügung stehen. Es gibt zurzeit einen großen Fachkräftemangel.
- Der Dritte Sektor ist im Sozialwesen in den letzten 20 Jahren stark gewachsen. Das Bewusstsein für die Rolle des Dritten Sektors im Sektor selbst sollte geschärft werden. Darüber hinaus muss die Zusammenarbeit innerhalb des Sektors intensiviert werden, um die Verhandlungsposition gegenüber der öffentlichen Verwaltung zu verbessern.

3. In welchen Bereichen soll sich der Dritte Sektor entwickeln?

Quali sono gli ambiti nei quali si deve sviluppare il Terzo Settore?

- Der Dritte Sektor im Sozialwesen ist Repräsentant und Sprachrohr des Territoriums. Organisationen, die sich außerhalb des Territoriums befinden (nicht nur in Bezug auf die physische Adresse), sind oft nicht in der Lage, angemessene Dienste anzubieten. Die Aufwertung

und Belebung des Territoriums ist eine Schlüsselrolle des Dritten Sektors, daher muss das Ausmaß der "Repräsentation des Territoriums" ein relevantes Kriterium bei der Auswahl von Organisationen werden, die Sozialleistungen anbieten.

- Der Dritte Sektor ist sehr anpassungsfähig, da er im Vergleich zur öffentlichen Verwaltung in der Lage ist, viel flexibler auf Veränderungen zu reagieren. Die Sozialplanung soll an Veränderungen anpassbar sein und nicht alles für die nächsten Jahre determinieren.
- Früher gab es (dann abgeschaffte) Konsultationen zwischen den Akteuren des Sozialwesens. Die Einbindung des Dritten Sektors erfolgt oft nur dann, wenn eine Dringlichkeit besteht. Die Herausforderung heute besteht darin, die finanziellen Möglichkeiten des Europäischen Sozialfonds zu nutzen. Regelmäßige Treffen und ständige Reflexion würden helfen, diese Institution für die Weiterentwicklung des Dritten Sektors zu nutzen.
- Covid19 hat die Integration zwischen öffentlicher Verwaltung, Gesundheits- und Sozialwesen sowie dem Dritten Sektor vorangetrieben. Es sollten weniger anlassbezogene Treffen (Meetings, die auf sofortiges Handeln ausgerichtet sind) stattfinden, sondern mehr Zusammenarbeit und Reflexion, die längerfristig ausgerichtet sind.
- Früher war es für NPO einfacher, Finanzierungen für innovative Pilotprojekte zu bekommen. Gegenwärtig ist der ESF für Pilotprojekte nicht nutzbar. Wenn kleinere Private den ESF nutzen wollen, dann brauchen sie einen Verwaltungsapparat, der sie unterstützt, die Kriterien des ESF zu erfüllen. Die notwendige verwaltungstechnische Unterstützung könnte vom öffentlichen Sektor angeboten werden.
- Der ESF möchte innovative Pilotprojekte fördern. Dafür ist es wichtig zu definieren, welche Ziele diese Projekte verfolgen sollten, um spätere Einwendungen der EU-Kommission zu vermeiden.
- Der Dritte Sektor sollte nicht nur im Sozial-, sondern auch im Gesundheitswesen präsent sein. Dafür braucht jedoch auch mehr Selbstverantwortung: Wer ein Problem hat, ist sicher auch Teil der Lösung. Der Dritte Sektor soll daher selbst sagen, wohin er sich entwickeln will, statt eine allgemeine Diskussion über die Richtungen einer möglichen Entwicklung zu starten.

**4. Wie sollen die derzeitigen Instrumente (z.B. Akkreditierungssystem, Vergabewesen, Beitragssystem) aussehen?
Come devono essere impostati gli attuali strumenti (p.e. accreditamento, bandi e avvisi, contributi)?**

4.1. Akkreditierungssystem

- Das Akkreditierungssystem betrifft nicht alle Institutionen des Südtiroler Sozialwesens, sondern nur bestimmte Einrichtungen wie Seniorenheime und Behinderteneinrichtungen. Das Akkreditierungssystem ist für alle stationären und teilstationären Einrichtungen relevant und basiert auf einem Staatsgesetz.
- Das Ziel der Akkreditierung ist die Sicherung bzw. Verbesserung der Qualität der zu erbringenden Sozialleistungen.
- Gegenwärtig umfasst die Akkreditierung 15 Standards, deren Einhaltung von der Landesverwaltung zum Teil sehr streng kontrolliert wird und für die NPO herausfordernd ist.
- Es wird angeregt, dass bei der Definition und der Anpassung dieser Akkreditierungsrichtlinien auch ein Austausch mit den betroffenen Einrichtungen (NPO) stattfinden soll. Vorgeschlagen wird ein periodischer „Monitoring-Tisch“ (halbjährlich oder jährlich) zwischen Landesverwaltung und NPO.

4.2. Vergabewesen

- Prüfung der Möglichkeit, den klassischen Weg des Ausschreibens zu verlassen. Wer sich mit den Ausschreibungen beschäftigt, muss Landesrecht mit nationalem Recht und europäischen Richtlinien kombinieren.
- Das Vergabewesen ist sehr kompliziert. Es gibt viele Regeln und selbst bei einer geringfügigen Regelverletzung wird Einspruch erhoben. Die Vergabepaxis zeigt, dass der Zweitgereichte fast immer in Berufung geht, weil er Anspruch auf Entschädigung hat, selbst wenn die Unregelmäßigkeiten im Vergabeprozess minimal sind. Das Landesrecht allein ist in diesem Zusammenhang zu schwach, um etwas zu ändern.
- Der Dritte Sektor sollte allerdings keine allzu große Angst vor dem Wettbewerb haben. Oftmals geben sich diejenigen, die dem Wettbewerb ausgesetzt sind, mehr Mühe und können innovativere und bessere Lösungen anbieten.
- Wettbewerb ist in Ordnung, aber nur, wenn er fair ist (d. h. nicht durch unfaire Praktiken wie Gehaltsdumping, Steuerhinterziehung oder Ähnlichem verzerrt wird).
- Es ist daher sehr herausfordernd, sich alleine auf Ausschreibungen vorzubereiten. Das Problem liegt in der Kleinstrukturiertheit des Dritten Sektors. Es wird notwendig sein, dass die NPO sich zusammenschließen, um Synergien zu nützen (siehe die Provinz Trentino).
- Ausschreibungen sollten zwischen NPO und gewinnorientierten Organisationen unterscheiden.

4.3. Finanzierung über Beiträge

- Die Beiträge decken definitionsgemäß nicht 100 %, sondern maximal 80 % der anfallenden Ausgaben. Für größere NPO ist dies im Vergleich zu kleineren NPO kein Problem. Der Beitrag kann jedoch nicht 100 % der Ausgaben decken, da es sich sonst nicht mehr um einen Beitrag handelt, sondern um eine Umgehung der Ausschreibung.
- Beitragsgesuche von NPO sind auf Grund der haushaltsrechtlichen Bestimmungen jährlich einzubringen. Da die Erstellung von Beitragsgesuchen häufig aufwendig ist und die Beitragsverfahren als bürokratisch erlebt werden, wird der Wunsch geäußert, dass diese auf einer Mehrjahresbasis vergeben werden sollten.
- Die Landesverwaltung arbeitet an der Vereinfachung dieser Beitragsverfahren durch Digitalisierung, wobei noch die organisatorischen und technischen Voraussetzungen zu schaffen sind.
- Es wird angemerkt, dass es bei der Auszahlung der Beiträge zu Verzögerungen kommen kann, die zu Liquiditätsengpässen bei den NPO führen können. Dem wird entgegnet, dass die Landesverwaltung am Anfang des Jahres ungefähr 70 oder 80 % des Vorjahresbeitrags an die Genossenschaften ausbezahlt, um mögliche Cashflow-Probleme zu vermeiden.
- Es wird vorgeschlagen, Beiträge auch für die Entwicklung innovativer Sozialleistungen zu gewähren.